

**Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses
am Mittwoch, dem 26.11.2008, im Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. A4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:55 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Integrationsplanung hier: Sachstandsbericht	130/2008 4
2.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier. Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2009	115/2008 6
3.	Arbeitsgemeinschaft im SGB II im Kreis Waren- dorf hier: Sachstandsbericht	117/2008 17
4.	Bericht über die Arbeit des Sozialpsychiatri- schen Dienstes	132/2008 18
5.	Sozialleistungsbericht 2008	116/2008 19
6.	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.11.2008 "Familienhebamme"	135/2008 20
7.	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.11.2008 "Schwangerenfonds"	136/2008 21
8.	Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 12.11.2008 "Schuldnerberatung"	144/2008 22
.	<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>	
1.	Einrichtung von Pflegestützpunkten	134/2008 23

2.	Frauenberatungsstellen	133/2008	24
3.	Abschluss eines Vertrages mit dem AIDS-Hilfe Ahlen e.V.	099/2008	25
4.	Abschluss von Verträgen mit den Trägern der Sucht- und Drogenberatung im Kreis Warendorf	098/2008	26

Anlagen

Anlage 1	Ergebnistelegramm der Befragung zur Integrationsarbeit von Freien Trägern und Migrantenselbsthilfeorganisationen
Anlage 2	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.11.2008 (Erstellung eines Sozialatlas)
Anlage 3	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.11.2008 (Telefonseelsorge Hamm)
Anlage 4	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 12.11.2008 (Telefonseelsorge Hamm)
Anlage 5	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.11.2008 (Verbraucherzentrale Ahlen)
Anlage 6	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 10.11.2008 (Verbraucherzentrale Ahlen)
Anlage 7	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 05.11.2008 (Verbraucherzentrale Ahlen)
Anlage 8	Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 17.06.2008 (Finanzierung des Frauenhauses Warendorf)
Anlage 9	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.11.2008 (Schuldnerberatung)
Anlage 10	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 12.11.2008 (Einrichtung von Pflegestützpunkten)
Anlage 11	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.11.2008 (Baukostenzuschuss für das Hospiz St. Michael Ahlen)
Anlage 12	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.11.2008 (Baukostenzuschuss für das Hospiz St. Michael Ahlen)
Anlage 13	Einrichtung von Pflegestützpunkten

Anwesend:

Vorsitz
Tünte-Poschmann, Hildegard
Ausschussmitglieder
Birkhahn, Astrid
Grabenmeier, Hildegunde
Hein-Kötter, Dorothea
Hohmann de Palma, Ingrid
Holz, Günter
Hörnemann, Josef
Mors, Annette
Schmidt, Ulrike
Steiner, Hans-Rüdiger
Stöppel, Gregor
Strohbücker, Josef
Strübbe, Robert
Wartala, Franz-Jörg
Wördemann, Christiane
von der Verwaltung
Boeckmann, Inge
Börger, Heinz Dr.
Funke, Stefan Dr.
Klausmeier, Brigitte
Schabhüser, Helmut
Schmiele, Angelika
Schulte-Sienbeck, Verena
Schulze-Kalthoff, Norbert Dr.
Stüker, Anette Dr.
Gäste
Wapelhorst, Peter

Frau Tünte-Poschmann eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Sozialausschuss mit Einladung vom 14.11.2008 form- und fristgerecht einberufen wurde.

I. Öffentlicher Teil

1.	Integrationsplanung hier: Sachstandsbericht	130/2008
-----------	--	-----------------

Frau Schulte-Sienbeck erläutert den aktuellen Sachstand der Integrationsplanung.

Teil 1 des KOMM-IN-Projektes sei die Bestandsaufnahme bis zum 31.01.2009, diese diene als Basis für den strategischen Zielprozess in 2009. Sie bestehe aus 4 Säulen.

Erste Säule sei die durchgeführte Fragenbogenaktion, die Rücklaufquote liege hier bei über 50 %. Die Ergebnisse sind als Anlage 1 beigefügt.

Zweite Säule seien die geführten 18 Interviews, führt Frau Schulte-Sienbeck aus. Seitens der Interviewpartner habe viel Interesse bestanden, es seien sehr intensive Gespräche geführt worden. Themen waren u.a. das Verständnis von Integration sowie die Erwartungen an das Projekt. Es existiere eine Vielzahl an kleinen Netzwerk-Inseln, geführt von sehr starken und kompetenten einzelne Netzwerkkern. Dadurch bestünden gute Basisstrukturen im Sinne von Kontakten untereinander, z.B. Runde Tische. Das Netzwerk lebt sehr stark vom ehrenamtlichen Engagement.

Als dritte Säule nennt Frau Schulte-Sienbeck die Bildung von Fokusgruppen. Hier finden Gruppengespräche mit Zuwanderern zu den Schwerpunktthemen Bildung und Arbeit statt. Themenschwerpunkte seien die allgemeine Lebenssituation sowie Bildung, Sprache und Arbeit.

Als vierte Säule sei die Datenrecherche zu nennen. Für viele Bereiche lägen keine harten Zahlen für die Unterscheidung Deutsche / Menschen mit Migrationshintergrund vor. Wenn möglich würden Daten bis zur Gemeindeebene angefordert und allen Beteiligten zur Verfügung gestellt.

Frau Schulte-Sienbeck erläutert, dass sämtliche Informationen in die Bestandsaufnahme einfließen und als Anregungen für die weitere Planung aufgenommen werden. Zudem sei zukünftig ein jährliches Integrationsmonitoring geplant.

Ebenfalls geplant sei ein Internetauftritt zum Thema Integration. Es werde kurzfristig eine Präsentation der Kreisaktivitäten geben, mittelfristig sollen auch die Ansprechpartner und Angebote der Städte und Gemeinden veröffentlicht werden.

Zudem werde eine regelmäßige Information über aktuelle Termine oder Neuigkeiten per E-Mail erfolgen.

Zur Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden wurde eine Arbeitsgemeinschaft gegründet. Beteiligt seien die Städte Ahlen, Oelde und Warendorf, die ebenfalls KOMM-IN-Anträge gestellt haben, sowie die Städte und Gemeinden Beckum, Beelen, Drensteinfurt, Ostbevern und Sassenberg. Diese Arbeitsgemeinschaft diene dem fachlichen Austausch der Städte und Gemeinden.

Abschließend gibt Frau Schulte-Sienbeck einen Ausblick auf das Jahr 2009. Zu nennen seien hier insbesondere die am 10.03.2009 stattfindende Integrationskonferenz. Ab Frühjahr 2009 beginnen die Planungsgruppen mit ihrer Arbeit, ebenfalls ab Frühjahr 2009 werden die Integrationsforen in den Städten und Gemeinden durchgeführt.

Frau Tünte-Poschmann dankt Frau Schulte-Sienbeck für ihren Bericht.

2.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier. Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2009	115/2008
-----------	--	-----------------

Den Mitgliedern des Sozialausschusses liegt der vom Landrat in der Sitzung des Kreistages am 26.09.2008 eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2009 vor.

Darüber hinaus liegen den Anwesenden nachstehende Anträge und Anfragen zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2009 vor:

1. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.11.2008 (Erstellung eines Sozialatlas) / (Anlage 2)
2. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.11.2008 (Bezuschussung der Telefonseelsorge Hamm in Höhe von 5.000 € in 2009) / (Anlage 3)
3. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 12.11.2008 (Bezuschussung der Telefonseelsorge Hamm in Höhe von 5.000 € in 2009) / (Anlage 4)
4. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.08.2008 (Finanzierung einer halben Beraterstelle der Verbraucherzentrale Ahlen mit Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 35.000 € für 2009) / (Anlage 5)
5. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 10.11.2008 (Unterstützung der Beratungsstelle der Verbraucherzentrale Ahlen mit einer halben Beratungsstelle für 3 Jahre) / (Anlage 6)
6. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 05.11.2008 (Einstellung von 35.000 € in den Haushaltsplan 2009 für die Verbraucherberatung und Erarbeitung eines leistungsbezogenen Vertrages mit der Verbraucherzentrale Ahlen) / (Anlage 7)
7. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 17.06.2008 (Finanzierung des Frauenhauses Warendorf) / (Anlage 8)
8. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.11.2008 (Reduzierung der Wartezeit für eine Erstberatung bei der Schuldnerberatung auf einen Monat) / (Anlage 9)
9. Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 12.11.2008 (Schuldnerberatung) / (Anlage 10)
10. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 12.11.2008 (Einstellung von 50.000 € in den Haushalt zur Einrichtung von Pflegestützpunkten) / (Anlage 11)
11. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.11.2008 (Baukostenzuschuss zum Aus- und Umbau des Hospiz St. Michael Ahlen in Höhe von 50.000 € als einmaligen Zuschuss) / (Anlage 12)
12. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.11.2008 (Bezuschussung des Hospiz- und Palliativzentrums der Hospizbewegung im Kreis Warendorf e.V. mit mindestens 40.000 €) / (Anlage 13)
13. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.11.2008 (Schwangerenfonds) / (Anlage 14)

Herr Dr. Börger schlägt vor, die Anfragen der Fraktionen, die sich auf die Haushaltsplanberatungen beziehen, nach ihren Positionen im Haushaltsplan zu beantworten.

Frau Tünte-Poschmann stellt die einzelnen Ertrags- und Aufwendungspositionen des Haushaltsplanentwurfes sowie die vorstehenden Anträge zur Beratung und Abstimmung.

Zu 1.:

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.11.2008 (Erstellung eines Sozialatlas)

Frau Hohmann de Palma begründet den Antrag zur Erstellung eines Sozialatlas. Sie verweist auf den von der Stadt Dortmund erstellten Sozialatlas. Mit der Stadt solle Kontakt aufgenommen werden.

Frau Klausmeier erläutert, dass hierfür das Geoinformationssystem des Kreises genutzt werden könne. Zuständig für dieses System sei das Kataster- und Vermessungsamt.

Frau Mors und Frau Birkhahn befürworten die Erstellung eines Sozialatlas, falls dafür keine Kosten anfallen, der Aufwand nicht zu groß sei und die vorhandenen Personalressourcen ausreichen.

Frau Klausmeier weist darauf hin, dass die Kleinräumigkeit der Darstellung der Daten noch zu klären sei. Eine Darstellung nur bezogen auf die 13 Städte und Gemeinden bringe keinen Nutzen. Der Datenschutz müsse jedoch dahingehend berücksichtigt werden, dass keine Rückschlüsse auf einzelne Personen gezogen werden könne.

Frau Tünte-Poschmann lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu 2.:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.11.2008 (Bezuschussung der Telefonseelsorge Hamm in Höhe von 5.000 € in 2009)

Zu 3.:

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 12.11.2008 (Bezuschussung der Telefonseelsorge Hamm in Höhe von 5.000 € in 2009)

Frau Birkhahn weist darauf hin, dass es sich hier um eine der wenigen freiwilligen Leistungen des Kreises handele und der Kreis hier bisher ein zuverlässiger Zuschussgeber sei. Durch die Kostensteigerung bei den Unterhaltskosten sei eine Erhöhung des Zuschusses erforderlich.

Frau Mors schließt sich der Begründung an.

Frau Tünte-Poschmann lässt über die Anträge abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu 4.:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.08.2008 (Finanzierung einer halben Beraterstelle der Verbraucherzentrale Ahlen mit Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 35.000 € für 2009)

Zu 5.:

Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 10.11.2008 (Unterstützung der Beratungsstelle der Verbraucherzentrale Ahlen mit einer halben Beratungsstelle für 3 Jahre)

Zu 6.:

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 05.11.2008 (Einstellung von 35.000 € in den Haushaltsplan 2009 für die Verbraucherberatung und Erarbeitung eines leistungsbezogenen Vertrages mit der Verbraucherzentrale Ahlen)

Frau Mors erklärt, dass sich die SPD-Kreistagsfraktion den Antrag der Verbraucherzentrale zu eigen mache, da sie davon beeindruckt sei, welche Arbeit hier kreisweit geleistet werde. Um diese Leistung sicherzustellen, sei die Einrichtung einer weiteren halben Beraterstelle und daher die Bereitstellung von 35.000 € in den Haushalt erforderlich. So könnten die Wartezeiten und die oft schwierige telefonische Erreichbarkeit optimiert werden.

Hinsichtlich der Anträge der FDP- und CDU-Kreistagsfraktionen weist Frau Mors darauf hin, dass die SPD-Kreistagsfraktion gegen eine Begrenzung der Finanzierung für 3 Jahre und zur Vermeidung von Bürokratie gegen den Abschluss eines leistungsbezogenen Vertrages mit der Verbraucherzentrale sei.

Frau Birkhahn weist darauf hin, dass 74 % der Kunden der Verbraucherzentrale aus Ahlen und Beckum kommen, daher überwiegend eine lokale Inanspruchnahme vorliegt sei, keine kreisweite. Daher sei bisher kein Zuschuss gewährt worden.

Eine künftige Förderung solle nur erfolgen, wenn seitens der Verbraucherzentrale kreisweit eine Energieberatung vorgehalten werde. Ebenfalls erforderlich sei der Abschluss eines leistungsbezogenen Vertrages. Unter diesen Voraussetzungen könne eine Förderung in Höhe von 35.000 € erfolgen, dann auch ohne Befristung.

Herr Strohbücker erklärt, dass der FDP-Kreistagsfraktion die kreisweite Ausdehnung des Angebotes der Verbraucherzentrale wichtig sei. Die Unterstützung solle aber für zunächst nur 3 Jahre erfolgen. Anschließend sei zu prüfen, inwieweit sich das kreisweite Angebot bewährt habe.

Herr Stöppel hält einen Zuschuss in Höhe von 35.000 € nicht für gerechtfertigt, da hauptsächlich die Bürger der Städte Ahlen und Beckum das Angebot der Verbraucherzentrale nutzen, die Bürger der übrigen Orte des Kreises deutlich weniger. Zudem sei der Sozialausschuss nicht für das Aufgabenfeld der Energieberatung zuständig.

Frau Tünte-Poschmann lässt über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

4 Ja-Stimmen

11 Nein-Stimmen

Frau Tünte-Poschmann lässt über den Antrag der FPD-Kreistagsfraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

1 Ja-Stimme

14 Nein-Stimmen

Frau Tünte-Poschmann lässt über den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

9 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

5 Enthaltungen

Herr Dr. Börger erklärt, dass nach Zustimmung des Kreistages im Sinne des Beschlusses mit der Verbraucherzentrale Verhandlungen aufgenommen würden. Ein Vertragsentwurf werde dann im Sozialausschuss vorgestellt.

Zu. 7.:

Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 17.06.2008 (Finanzierung des Frauenhauses Warendorf)

Herr Stöppel zieht den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion zurück.

Zum Produkt 050210 -Grundsicherung-, Position Nr. 1, teilt Herr Dr. Funke mit, dass der Ansatz für 2009 auf 5.100.000 € erhöht wird. Dieses erfolge aufgrund der in 2008 erhaltenen Zuwendung aus der Landesersparnis der Wohngeldausgaben. Für 2009 werde daraufhin ebenfalls mit höheren Einnahmen gerechnet.

Zu 8.:

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.11.2008 (Reduzierung der Wartezeit für eine Erstberatung bei der Schuldnerberatung auf einen Monat)

Die Vorsitzende bittet die Verwaltung, an dieser Stelle um die unter TOP 8 vorgesehene Beantwortung der Anfrage zur Schuldnerberatung.

Zu 9.:

Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 12.11.2008 (Schuldnerberatung)

Frau Schmiele beantwortet die Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion.

Frage 1:

Bezieht sich die genannte Wartezeit auf den Erstkontakt?

Antwort: Ja.

Frage 2:

Wie gestaltet sich im Regelfall die Krisenintervention?

Antwort: In Krisenfällen erfolgt eine sofortige Beratung.

Die Krisenintervention bezieht sich lediglich auf die aktuelle, bedrohliche "Spitze" des Schuldenberges. Sie ist häufig ein Einstieg in eine längerfristige Schuldnerberatung. Ab Januar 2009 wird in der Schuldnerberatungsstelle des Kreises einmal wöchentlich eine offene Sprechstunde vorgehalten, die vor allem zur Krisenintervention gedacht ist und somit auch kurzfristigen Anfragen gerecht wird.

Frage 3:

Wie hoch sind die Kosten je Beratungsfall?

Antwort: Die jährlichen durchschnittliche Kosten betragen 237,92 € je Beratungsfall in 2007.

Frage 4:

Welche Kosten müssten veranschlagt werden, wenn die Wartezeit auf 4 Wochen verkürzt werden soll?

Antwort: Eine Verkürzung der Wartezeiten auf 4 Wochen ließe sich mit einer Aufstockung der Berater-Stellen von 1,7 auf 2,5 Stellen, also um 0,8 Stellen, erreichen. Hierfür fielen zusätzliche Personalkosten in Höhe von rd. 52.200 € an.

Dabei ist eine mögliche Zunahme der Beratungsfälle durch

- eine zu erwartende Verschlechterung der wirtschaftlichen Gesamtsituation und
 - die Einführung der offenen Sprechstunde ab 2009
- nicht berücksichtigt.

Frau Hohmann de Palma begründet den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen damit, dass eine schnellere Beratung der Schuldner erforderlich sei.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass der Antrag dahingehend zu erweitern sei, welche Summe im Haushalt bereitgestellt werden soll.

Frau Schmiele erläutert, dass eine engere Zusammenarbeit der Schuldnerberatung des Kreises mit der ARGE erfolgen solle. Es solle dort eine Warteliste geführt werden und danach die Zuweisung an die Schuldnerberatung des Kreises erfolgen, wie dieses bereits bei der Diakonie gehandhabt werde.

Herr Hörnemann schlägt vor, im nächsten Jahr die Entwicklung abzuwarten und die Schuldnerberatungsstellen des Kreises und der Diakonie erneut im Sozialausschuss berichten zu lassen.

Frau Tünte-Poschmann lässt über den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

1 Ja-Stimme

13 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Zum Produkt 050430 –BaföG/USG/Vertriebene/Integration- empfiehlt Frau Birkhahn, für die Integration ein eigenes Produkt einzurichten, um diese Leistung hervorzuheben.

Herr Dr. Funke erklärt, dass dieses möglich sei.

Zu. 10.:

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 12.11.2008 (Einstellung von 50.000 € in den Haushalt zur Einrichtung von Pflegestützpunkten)

Frau Birkhahn begründet den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion.

Herr Dr. Börger teilt mit, dass der Entwurf einer Rahmenvereinbarung zwischen dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, den Landesverbänden der Pflegekassen und den kommunalen Spitzenverbänden vorliege, jedoch noch nicht einvernehmlich abgestimmt sei.

Es sei geplant, i.d.R. 3 Pflegestützpunkte je Kreis mit jeweils i.d.R. 2 Vollzeit-Präsenzkräften einzurichten.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass weitere Informationen im Nichtöffentlichen Teil gegeben werden. Eine Entscheidung über den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion solle daher auf die Sitzungen des Finanz- und Kreisausschusses verschoben werden.

Es besteht Einigkeit über die Verschiebung der Entscheidung über den Antrag.

Zu 11.:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.11.2008 (Baukostenzuschuss zum Aus- und Umbau des Hospiz St. Michael Ahlen in Höhe von 50.000 € als einmaligen Zuschuss)

Zu 12.:

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.11.2008 (Bezuschussung des Hospiz- und Palliativzentrums der Hospizbewegung im Kreis Warendorf e.V. mit mindestens 40.000 €)

Frau Mors begründet den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf Zuschussung des Aus- und Umbaus des Hospiz St. Michael Ahlen in Höhe von 50.000 €.

Frau Hohmann de Palma schließt sich an, hält jedoch einen Zuschuss in Höhe von 40.000 € für angemessen, da unklar sei, ob die Hospizbewegung im Kreis Warendorf e.V. kreisweit tätig sei.

Frau Tünte-Poschmann weist darauf hin, dass der Verein nicht kreisweit tätig sei, da die Hospizgruppen Ostbevern und Warendorf dem Verein nicht angeschlossen seien. Auch die Hospizbewegungen dieser Orte könnten bei Bewilligung des Zuschusses Ansprüche anmelden.

Frau Birkhahn stellt fest, dass die Baumaßnahme bereits begonnen wurde, damit sei eine Gewährung eines Baukostenzuschusses nicht mehr möglich. Die Zahlung einer Spende aus Kreismitteln sei nicht zu rechtfertigen.

Herr Dr. Börger erläutert, dass der Finanzierungsplan für den Aus- und Umbau des Hospizes Baukosten in Höhe von 375.000 € vorsehe, davon seien seitens des Vereins 180.000 € an Eigenmitteln erforderlich. Diese Mittel könnten nicht aufgebracht werden, daher erwarte der Verein eine Unterstützung durch den Kreis. Die Förderung des Hospizes sei keine gesetzliche Aufgabe des Kreises, sondern ein freiwillige Leistung.

Frau Grabenmeier betont, dass es sich bei dem Hospiz um eine sehr wichtige Einrichtung handele, in der auch viele Ehrenamtliche tätig seien. Auch wenn der Zuschussantrag vor Beginn der Baumaßnahme hätte gestellt werden müssen, so sei ein einmaliger Zuschuss dennoch gerechtfertigt.

Frau Tünte-Poschmann lässt über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
5 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Frau Tünte-Poschmann lässt über den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

5 Ja-Stimmen

3 Nein-Stimmen

7 Enthaltungen

Der Sozialausschuss fasst sodann folgende **Beschlussempfehlung**:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2009 wird, soweit die Zuständigkeit des Sozialausschusses gegeben ist und unter Berücksichtigung der Empfehlungen, die der Sozialausschuss zu den von ihm in dieser Sitzung beratenen Anträgen zum Haushalt gegeben hat, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

14 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2009 wird, soweit die Zuständigkeit des Sozialausschusses gegeben ist, zugestimmt.

3. Arbeitsgemeinschaft im SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	117/2008
--	-----------------

Herr Wapelhorst weist zunächst darauf hin, dass aufgrund einer Datenbankumstellung keine aktuellen Daten zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften und Hilfeempfänger vorgelegt werden können. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften stagniere jedoch bei derzeit ca. 7.800. Die aktuell schwierige wirtschaftliche Lage sei noch nicht auf diese Zahlen durchgeschlagen. Es sei aber zu erwarten, dass demnächst zuerst Geringverdiener, wie z.B. Zeitarbeiter, entlassen würden, so dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften in den nächsten Monaten steigen könnte.

Herr Wapelhorst teilt mit, dass die ARGE Kreis Warendorf dem sogenannten „Pakt 50+“ beigetreten sei. Ziel für 2009 sei es, noch mehr ältere langzeitarbeitslose Frauen und Männer in Arbeit zu vermitteln. Im Bereich der ARGE im Kreis gebe es etwa 1.600 Menschen, die ab 2009 in die Zuständigkeit des Teams „Pakt 50+“ fallen. Seitens des Bundes werden für dieses Programm 1.000.000 € zweckgebunden zur Verfügung gestellt, so dass 200 Personen über 50 Jahren mit je 5.000 € Zuschuss in Arbeit vermittelt werden können.

Herr Dr. Börger berichtet zum aktuellen Stand der Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaften, dass noch kein Gesetzesentwurf vorliege.

Der Bundesarbeitsminister habe inzwischen erste Eckpunkte vorgelegt, die jedoch nicht der Auffassung der Arbeits- und Sozialminister der Länder entsprechen.

Diese seien entgegen der Ansicht des Bundes dafür, dass die Arbeitsgemeinschaften als juristische Personen mit Dienstherreneigenschaft aufgestellt werden sollten. Dieses sei auch Anliegen des Kreises.

Zudem plane der Bund die Möglichkeit des unmittelbaren Durchgriffes auf die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften, dieses widerspreche ebenfalls der Auffassung der Länder.

Auf Nachfrage von Herr Stöppel berichtet Herr Wapelhorst über die Maßnahme "Busbegleiter" des Kreiscaritasverbandes. Diese Maßnahme bestehe seit Dezember 2006 und werde zunächst bis Ende 2009 weiter durch der ARGE gefördert. Ziel der Maßnahme seien die Sicherheit der Kinder an den Eingangstüren der Schulbusse zu gewährleisten.

Die Besetzung dieser Arbeitsgelegenheit sei nicht ganz einfach, da der Kreis derer, die sich als Busbegleiter eignen, durchaus begrenzt sei. Es würden u.a. hohe Erwartungen an das Sozialverhalten gestellt. Die ARGE prüfe in jedem Einzelfall, ob der Teilnehmer sich für die Maßnahme eigne, erläutert Herr Wapelhorst.

Frau Tünte-Poschmann dankt Herrn Wapelhorst für seine Ausführungen.

4.	Bericht über die Arbeit des Sozialpsychiatrischen Dienstes	132/2008
-----------	---	-----------------

Frau Dr. Stüker berichtet über die Gruppenangebote des Sozialpsychiatrischen Dienstes für Menschen mit psychischen Problemen im Kreis Warendorf. Der aktuelle Flyer ist dem Protokoll beigelegt.

Bei den Freizeitangeboten sei eine steigende Teilnahme zu verzeichnen, ebenso steige auch die Anzahl der Gesamtkontakte. Hier seien besonders die Kontakte der jungen Erwachsenen gestiegen. Diese resultiere oft aus der Zunahme von Depressionen, Angsterkrankungen und Sucht, z.B. nach Computerspielen.

5. Sozialleistungsbericht 2008**116/2008**

Frau Klausmeier berichtet, dass der Sozialleistungsbericht, der die Aufgaben des Sozialamtes, des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien sowie des Gesundheitsamtes aufzeigt, inzwischen zum 19. mal vorgelegt werde. Neu aufgenommen seien in diesem Jahr die Bereiche Integration von Zuwanderern, die Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft nach dem SGB IX sowie der Sonderfonds zur Unterstützung bei existenziellen Notlagen im Rahmen der Schwangerenberatung.

Frau Birkhahn dankt der Verwaltung für die Erstellung des Sozialleistungsberichtes. Sie kritisiert jedoch die Gestaltung, die Schriftgröße sei deutlich zu klein.

Dem Bericht im nächsten Jahr solle wie zu Beginn jeder Legislaturperiode Hilfsangebote der kreisweit bzw. übergemeindlich tätigen Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Vereine, freien Träger der Jugendhilfe usw. angefügt werden.

Frau Mors regt an, hinsichtlich der Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft nach SGB IX auch in Drensteinfurt Sprechstunden vor Ort anzubieten.

Frau Klausmeier erläutert, dass die angebotenen Sprechstunden in Ahlen und Beckum vom ehemaligen Versorgungsamt Münster übernommen worden seien. Zudem bestehe für alle Bürger die Möglichkeit, in den Stadt- und Gemeindeverwaltungen Anträge zu stellen, Unterlagen abzugeben und Schwerbehindertenausweise verlängern zu lassen.

Sie weist darauf hin, dass der Publikumsverkehr für diesen Bereich deutlich zugenommen habe, seitdem die Zuständigkeit beim Kreis Warendorf liegt.

6.	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.11.2008 "Familienhebamme"	135/2008
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Schulze Kalthoff beantwortet die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion.

Frage 1:

Gibt es bereits ausgebildete Familienhebammen im Kreis Warendorf?

Antwort: Nach unserem Kenntnisstand gibt es keine Hebamme im Kreis Warendorf, die eine Weiterbildung beim Deutschen Hebammen-Verband absolviert hat. Es sind jedoch Hebammen im Kreis Warendorf tätig, die aufgrund diverser Ausbildungs- und Fortbildungsvoraussetzungen auch den Arbeits-Ansatz einer Familienhebamme umsetzen. So arbeitet z.B. eine Hebamme im Kreisgebiet, die ausgebildete Sozialpädagogin und Hebamme ist.

Frage 2:

Wie ist die Zusammenarbeit mit dem Kreis Warendorf?

Antwort: Insgesamt sind ca. 90 Hebammen im Kreisgebiet tätig. Mit der Hebammenschule in Ahlen wird das Gesundheitsamt einmal jährlich ein für die Teilnehmerinnen kostenloses Seminar zum Thema "Familienhebamme" anbieten, um den Blick möglichst vieler Hebammen für dieses Thema zu schärfen. Auch die Schwangerenberatungsstellen und die "Aufsuchende Elternberatung" des Gesundheitsamtes durch zwei Kinderkrankenschwestern werden in das Konzept mit einbezogen.

Frage 3:

Werden Familienhebammen gezielt vom Kreis Warendorf beauftragt bzw. eingesetzt?

Antwort: Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien genehmigt auf Antrag in Einzelfällen insbesondere auf der Grundlage des § 16 SGB VIII (Hilfen zur Erziehung) den Einsatz von Hebammen über die Leistungen der Krankenkasse (§ 12 SGB V) hinaus. In 2008 war das in ca. 10 Fällen so. Es geht hierbei i.d.R. um die Weiterbetreuung der Mutter nach der Geburt im Zusammenhang mit einer psycho-sozialen Konfliktlage. Hintergrund ist oft auch ein erkanntes Gefährdungspotential mit Blick auf den Säugling.

Weiterhin leiten Hebammen auch im Auftrag des Jugendamtes sog. "Eltern-Kind-Gruppen", aktuell in Sendenhorst, Telgte und Warendorf.

7.	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.11.2008 "Schwangerenfonds"	136/2008
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Schulze Kalthoff berichtet über den Stand der Aufwendungen aus dem erstmals für 2008 in Höhe von 15.000,00 € eingerichteten Sonderfonds zur Unterstützung bei existenziellen Notlagen im Rahmen der Schwangerenberatung. Die Verwaltung der Fondsgelder ist mittels entsprechender vertraglicher Vereinbarungen den Beratungsstellen für Schwangere und Schwangerschaftskonflikte im Kreis Warendorf übertragen worden.

Bisher seien in 2008 folgende Zuschüsse gewährt worden:

Beratungsstelle	verfügbarer Betrag	bislang bewilligt	Anzahl der Zuschüsse
Diakonie Gütersloh e.V.	2.000,00 €	2.027,45 €	9
AWO Unterbezirk Hamm-Warendorf	365,00 €	256,00 €	1
PariSozial gGmbH/ Varia	2.021,00 €	1.939,38 €	7
Donum Vitae e.V.	3.562,00 €	2.732,86 €	8
Sozialdienst kath. Frauen Warendorf	7.052,00 €	5.598,23 €	20
gesamt	15.000,00 €	12.553,92 €	45

8.	Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 12.11.2008 "Schul- nerberatung"	144/2008
-----------	--	-----------------

Die Anfrage wurde unter TOP 2 beantwortet.

Frau Tünte-Poschmann schließt die Sitzung um 12.55 Uhr.

Hildegard Tünte-Poschmann
Vorsitz

Schriftführer